

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

## **I. Bildungspläne 2004 und 2016 (Geschichte)**

### a) Bildungsstandards

BP 2004 Klasse 9:

wichtige Belastungsfaktoren der ersten Demokratie in Deutschland sowie Ursachen ihres Scheiterns erläutern

BP 2004 Klasse 11:

die Entstehungsbedingungen und die wesentlichen Belastungsfaktoren der Weimarer Republik analysieren und die Gründe für ihr Scheitern erklären.

### b) Inhaltsbezogene Kompetenzen

BP 2016, Klasse 8: (3.2.7.2)

den demokratischen Neuanfang in der Weimarer Republik erläutern  
(Demokratie: Reichsverfassung; Weimarer Koalition)

BP 2016, Klasse 11: (3.4.4.4)

Durchbruch und Scheitern des liberalen Modernisierungskonzepts und der parlamentarischen Demokratie im Europa der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Weimarer Republik erklären  
(Novemberrevolution, Dolchstoßlegende, Versailler Vertrag, Kriegsschuldartikel, Weimarer Koalition, Systemwechsel, Elitenkontinuität, ..., Verfassung, improvisierte Demokratie, junger Nationalstaat, ...)

### c) Prozessbezogene Kompetenzen:

#### **2.5 Sachkompetenz**

Die Schülerinnen und Schüler können

7. regionalgeschichtliche Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge einordnen

#### **2.2 Methodenkompetenz**

Die Schülerinnen und Schüler können

Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK

4. Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten (zum Beispiel Museum, Archiv, Denkmal, Kulturdenkmal, Gedenkstätte, historischer Ort)

## II. Didaktische Schwerpunktsetzungen



*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

### **III. Drei Ebenen der Demokratiegeschichte nach Paul Nolte**

Auf die Gefahr, die Demokratiegeschichte seit dem ausgehenden Mittelalter als lineare Erfolgsgeschichte zu charakterisieren, hat jüngst auch der Historiker Paul Nolte hingewiesen. In seinem historischen Längsschnitt hat er neben diese Perspektive der „Demokratie als Erfüllungsgeschichte“ auch die der Demokratie als „Suchbewegung“ und als „Krisengeschichte“ gestellt. Mit „Suchbewegung“ meint er in diesem Zusammenhang das Nebeneinander bzw. gar die Konkurrenz mehrerer Vorstellungen von politischer Partizipation, wie sie sich im Südwesten z.B. 1918/19 manifestierten, deren klares Ziel noch nicht eindeutig festlegbar war. Mit der „Krisengeschichte“ werden vor allem die Krisen und Rückschläge der Demokratiegeschichte betont, die keinesfalls als Einbahnstraße des Fortschritts verstanden werden soll. Nolte hat die Demokratie daher auch als „offen, historisch kontingent, extrem flüchtig – und doch offenbar nicht beliebig“ bezeichnet, die sich in einem weiteren Sinne eher „stolpernd“ als zielgerichtet entwickelt habe.

Paul NOLTE: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München 2012, S. 17-19, das Zitat S. 23.

Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK

#### IV. Konfrontation und Kooperation – Übersicht zum „demokratischen Aufbruch“ 1918/19 in Baden und Württemberg

Diese Übersicht kann als Grundlage dienen, einzelne Ereignisse, Entwicklungen, Personen oder Institutionen gezielt auf archivalischer Basis zu untersuchen. Zudem können die Schülerinnen und Schüler die regionalgeschichtlichen Vorgänge im Vergleich zum Schulbuch, in dem die Reichsebene überwiegt, betrachten.

Baden		Württemberg
<p>seit dem Frühjahr 1917: Sozialproteste in der Rüstungsindustrie (bessere Verpflegung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten) Winter 1918: Arbeiterdemonstration in Mannheim (Forderungen nach Auflösung Ständeversammlung, Frauenwahlrecht, politische Mitbestimmung) Herbst 1918: Einzelne Streiks und Proteste in Betrieben in Karlsruhe und Mannheim</p>	<p>Proteste vor Kriegsende</p>	<p>Winter/Frühjahr 1918: Kaum Protestbewegungen in Großbetrieben 22.Oktober - 7.November 1918: Streiks bei den Rüstungsbetrieben in Friedrichshafen Großdemonstration in der Stuttgarter Innenstadt (Forderungen nach Waffenstillstand und sozialistischer Republik) Streiks und Proteste auch in Esslingen und Ulm</p>
<p>9./10.11: Gewaltlose Proteste und Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Karlsruhe, Offenburg, Lahr, Mannheim; Einberufung eines Wohlfahrtsausschusses durch Karlsruher Oberbürgermeister; Bildung einer vorläufigen Volksregierung gemeinsam mit dem Karlsruher Soldatenrat; Soldaten besetzen strategische Positionen in Karlsruhe und Mannheim. Nach Schüssen auf das Residenzschloss Karlsruhe flüchtet der Großherzog nach</p>	<p>Vorgänge während der Novemberrevolution</p>	<p>Großdemonstrationen in vielen Städten des Landes. In Stuttgart versammeln sich viele Tausend Menschen auf dem Schlossplatz, dem Karlsplatz und dem Schillerplatz. Im Hof der Rotebühlkaserne (Rotebühlplatz) versammeln sich Soldaten zu einer Kundgebung. SPD, Gewerkschaften und USPD einigen sich im Landtagsgebäude auf eine <u>Provisorische Regierung</u> unter der Führung von Wilhelm Bloß (SPD). Eine Gruppe Spartakisten stürmt das Wil-</p>

Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK

<p>Schloss Zwingenberg. 10.11.: Ausrufung der sozialistischen Republik Baden in Mannheim, Hissung von Roten Fahnen</p>		<p>helmspalais, den Wohnsitz des Königs, und hisst dort die rote Fahne. Am Abend wird der König und seine Familie, begleitet von revolutionären Soldaten und einem Schutzbrief des neuen Ministerpräsidenten, seinem Wunsch gemäß nach Schloss Bebenhausen gebracht.</p>
<p>Kooperation des parteiübergreifenden Wohlfahrtsausschusses (Siegrist) mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, Vorläufige Volksregierung Anton Geiß  Einbezug bürgerlicher Kreise</p>	<p>Übergang der Regierungsgewalt</p>	<p>Bildung einer vorläufigen, parteiübergreifenden Landesregierung unter Wilhelm Blos, Unterstützung der Mehrheit des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats und der Kommandeure des in Stuttgart und Ulm stationierten Militärs, Einbezug bürgerlicher Kreise</p>
<p>Abdankung Großherzog Friedrichs 22.11.1918</p>	<p>Ende der Monarchie</p>	<p>Abdankung König Wilhelms II. 30.11.1918</p>
<p>22.11.1918 Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Mannheim: Konstituierung als Vorparlament, Forderung nach Exekutivbefugnissen und Kontrolle der Verwaltung; Kompetenzstreitigkeiten um „Volkswehr“ und Gegenentwurf zur Verfassung.</p>	<p>Rätebewegung und Regierung</p>	<p>8.12. 1918 Arbeiterrat Groß-Stuttgart beruft eine Landesversammlung ein. Unter der Teilnahme nahezu aller Oberämter wird ein Landesausschuss der Arbeiterräte gebildet, der die provisorische Regierung unterstützt. Der Flügel der MSPD setzt sich gegen USPD und Spartakisten durch. Entlassung des Kriegsministers Schreiner (USPD), der Räterepublik will. Kompetenzaufteilung: Arbeit, Wohnung, Grundversorgung an Arbeiterräte; Militär und Polizei bei Regierung</p>

Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK

<p>5. Januar 1919 Wahlen zu einer „Verfassungsgebenden Badischen Nationalversammlung“ (91% für Weimarer Koalition); Marginalisierung der USPD und damit der Rätebewegung</p>	<p>Wahlen</p>	<p>12.1.1919 Wahl zur „Verfassungsgebenden Landesversammlung“ (80% für Weimarer Koalition); Marginalisierung der USPD und Rätebewegung</p>
<p>25.3.1919 Verabschiedung der republikanischen Verfassung durch die badische Nationalversammlung; Bestätigung der Verfassung am <b>13.4.1919</b> durch eine Volksabstimmung, <b>der ersten demokratischen Volksabstimmung in der deutschen Geschichte</b> überhaupt. Zunehmende Delegitimierung der Rätebewegung</p>	<p>Verfassung</p>	<p>26.4.1919 Verabschiedung einer republikanischen Verfassung durch württembergische Landesversammlung</p> <p>Zunehmende Delegitimierung der Rätebewegung</p>
<p>21.2.1919 „Mannheimer Räterepublik“; Zusammenbruch des Generalstreiks nach 2 Tagen, Rücktritt des Arbeiterrates 25.2.</p>	<p>Aufstände und Unruhen 1919</p>	<p>Spartakistische Unruhen Anfang Januar in Stuttgart werden vom Militär niedergeschlagen, Entlassung der zwei USPD-Minister.</p> <p>31. März 1919 Aufruf der KPD zum Generalstreik. Die Landesregierung antwortet im Verbund mit dem Exekutivausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte mit der Ausrufung des Belagerungszustandes für Stuttgart sowie die Oberämter Esslingen, Cannstatt und Böblingen. Es folgt der Einsatz der Sicherheitskompanien, der auf beiden Seiten zu Verwundeten und Toten führt. Der</p>

Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK

		Streik wird nach wenigen Tagen niedergeschlagen und der Belagerungszustand aufgehoben. In Stuttgart werden Panzerwagen eingesetzt.
Zunehmende politische Entmachtung der Räte, Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte bis Oktober 1919.	Ende der Rätebewegung	Zunehmende politische Entmachtung der Räte, Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte bis 1921.

## V. Suchbewegungen: Die Arbeiter- und Soldatenräte zwischen Rätediktatur und parlamentarischer Demokratie

**M1** Bericht des württembergischen SPD-Parteivorsitzenden Friedrich Fischer auf der ersten Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs im Oberen Museum zu Stuttgart, 17.11.1918:

„Es ist ganz selbstverständlich, dass, nachdem die Revolution das ganze Land ergriffen hat, es unsere Aufgabe sein muss, so schnell wie möglich Verbindungen mit allen auswärtigen Kameraden aufzunehmen, die da draußen in den großen und kleinen Garnisonen sind – und die ja wohlgemerkt nicht immer Partei- und Gewerkschaftsmitglied sind und in solchen Fragen und Dingen nicht immer genau Bescheid wussten. (...) Täuschen wir uns nicht darüber, die alte Regierungsmaschine arbeitet weiter, das Finanzministerium und wie die Ministerien alle heißen, arbeiten mit ihrem alten Apparat, mit ihrem eingearbeiteten Verwaltungsapparat ruhig weiter. Die Soldaten machten das nicht, die haben den ganzen Militarismus genommen und herumgedreht und haben freie Bahn geschaffen für jeden Tüchtigen. Jetzt wollen wir auch einmal mitreden und die Verhältnisse nach dem Willen des Volkes gestalten.“

HStA Stuttgart, E 135 Büchel 20 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.88)

**M2** Resolution des Garnisonsrats Ulm, vorgebracht und mit großer Mehrheit (194 gegen 6 Stimmen) beschlossen auf der zweiten Landesversammlung der Soldatenräte in Stuttgart, 11.12.1918:

„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs unterstützt die jetzige provisorische Regierung im Interesse der Erhaltung der Ordnung und Ruhe, die allein das Zustandekommen der Nationalversammlung auf wirklich freiheitlicher Grundlage verspricht. Sie kann nicht dulden, dass eine einzelne Partei auf Kosten der Allgemeinheit Sonderpolitik treibt. Sie verurteilt daher entschieden alle dahin gerichteten Gewaltmaßnahmen und Sonderinteressen, insbesondere die Bestrebungen der Spartakusgruppe, die die Reichseinheit gefährden. Unser Volk hat die größte Revolution der Weltgeschichte in einer seiner seitherigen Kultur würdigen Weise durchgeführt. Die

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

Soldatenräte Württembergs beugen sich daher weder einer Willkür von links noch einer solchen von rechts. Sie lehnen einmütig jeden Versuch ab, das Heer für eine monarchische Reaktion oder bolschewistischem Terror zu missbrauchen“.

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.126)

**M3** Nach den Vorgängen im Januar 1919 drängte der Spartakusflügel in den Soldatenräten darauf, direkten Zugriff auf die noch bestehenden Einheiten des Militär zu gewinnen, die in Württemberg Sicherheitskompanien hießen, und alle Freiwilligenverbände, die häufig aus nationalistischen Studenten zusammengesetzt waren, aufzulösen. Diese hatten letztlich die entscheidende militärische Macht. Dagegen sprach der Soldatenrat Frick auf der 4. Landesversammlung der Soldatenräte am 19.3.1919:

„Kamerad Schwan (Spartakus) meinte, man solle die Sicherheitskompanien nicht auf die Regierung, sondern auf die Soldatenräte verpflichten. Wenn man das will, dann muss man sich schon darüber klar sein, was für einen Zweck haben diese Sicherheitskompanien. Nach meiner Auffassung kann jede Militärorganisation nicht ein Selbstzweck sein, sondern es muss eine Organisation des Volkes sein. Die Sicherheitskompanien sind dazu da, Ruhe und Ordnung zu wahren, sie können deshalb nur auf die Regierung verpflichtet werden. Anders ist die Sache, inwieweit wir über diese Sicherheitskompanien verfügen, und da vertrete ich den Standpunkt, dass wir als gesetzliche revolutionäre Körperschaft natürlich ein großes Interesse daran haben, dass wir weitgehend Einfluss auf die Sicherheitskompanien haben. Man hat sich deshalb auch mit der Regierung geeinigt, dass über die Sicherheitskompanien die Regierung gemeinschaftlich mit den Arbeiter- und Soldatenräten verfügen soll.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.192)

**M4** Dagegen der Soldatenrat Schwan (USPD):

„Die Auflösung des Freiwilligenkorps ist eine Hauptbedingung, die wir stellen müssen, und zwar nach außen- und nach innenpolitischen Gesichtspunkten. Wir wollen abrüsten und nicht aufrüsten. Wenn die Regierung daraus beispielsweise das Demonstrationsverbot ableitet, das sich gegen die Spartakisten richtet, so sage ich, dann richtet sich das Freiwilligenkorps gegen die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, und deshalb fort mit dem Freiwilligenkorps und an dessen Stelle besonnene Elemente, die die politische und gewerkschaftliche Schule durchlaufen haben. ... Wir müssen unbedingt daran festhalten, dass das zukünftige Volksheer aus Leuten besteht, die mindestens 24 Jahre alt sind und gewerkschaftlich geschult. ... Deswegen verlangen wir, dass das Freiwilligenkorps aufgelöst wird, und wenn die Generale keine Beschäftigung haben, sollen sie eine nutzbringendere Tätigkeit suchen als Arbeiter gegen Arbeiter hetzen und abzuschlachten (...)

Das, was uns heute von den Trägern der Revolution (gemeint die MSPD) vorgetragen wird, das wurde uns am 1.8.1914 von der alten Regierung vorgetragen. Damals war auch das Vaterland in Gefahr, und am 4. August wurde erklärt: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! ... Das sind alles nur verschwommene Phrasen“.

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.206)

**M5** Zur Zukunft der Räte in der parlamentarischen Republik der Soldatenrat Frick auf der vierten Landesversammlung:  
„Heute lautet auch für Mehrheitssozialdemokraten die Frage nicht mehr so: Demokratie oder Rätensystem, heute lautet die Frage so: Demokratie und Rätensystem. Denn wir sind uns klar darüber, die Demokratie, die wir anstreben, haben wir durch die politische Revolution noch nicht erreicht. Wir haben durch die Revolution am 9.11. wohl das alte politische System zerschlagen, aber wir haben damit nichts an dem Wirtschaftssystem geändert“.

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.212)

**M6** Zur Rolle der SPD im Frühjahr 1919 verfasste der Ulmer SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Soldatenrates Ulm Karl Hof einen offenen Brief an Reichswehrminister Noske (SPD), der auch in der Ulmer Donau-Wacht veröffentlicht wurde. (6.6.1919):  
„Die Aufstellung der neuen Reichswehr und die Übernahme der württembergischen Sicherheitstruppen sowie der Freiwilligen-Abteilung Haas in dieselbe geben mir Veranlassung, Ihnen einige Bedenken sehr ernster Natur zu unterbreiten, die erfahrungsgemäß vom Regierungstisch aus leicht übersehen werden. Es besteht im größten Teile des Volkes und insbesondere in Soldatenkreisen die sehr berechtigte Meinung, dass das Reichswehrministerium von den Männern geleitet wird, die wir am 9. November 1918 als für das Heerwesen abgetan glaubten. (...) Zur Auflösung des alten Heeres gehören aber nicht nur Soldaten, sondern auch ganz besonders das alte Offizierskorps. Im Verlaufe der letzten fünf Monate aber sind den Offizieren wieder Rechte eingeräumt worden, die sich von den ehemaligen Vorrechten des Offiziers nicht oder nur ganz unwesentlich unterscheiden. Statt nun auch eine völlige Auflösung des Offizierskorps vorzunehmen, haben Sie, Herr Minister, kurzerhand zu dem bestehenden Offizierskorps gegriffen, um mit diesem ein neues Heer aufzubauen, das wohl dem Namen und der Form nach eine Änderung erfahren hat, jedoch das Fundament desselben ist das alte geblieben. ... Ein Ministerium aber, das mit feudalen Monokelträgern ebenso so reich gesegnet ist wie vor der Revolution, ist für die Einführung revolutionärer Neuheiten, wo es keine Vorrechte, sondern gleiche Rechte und Pflichten geben soll, nicht zu haben. (...) Die Klassenunterschiede werden hier durch einen Sozialdemokraten bestimmt, statt beseitigt. Aus ihrem Reichswehrgesetz spricht der echte preußische Offiziersgeist und man hört daraus schon wieder das Säbelrasseln der unnahbaren Offizierskaste aus der Zeit Wilhelms des Letzten. (...) Oder Herr Minister, geben sie sich etwa der Hoffnung hin, dass Kreise, die gestern noch Sozialistenfresser und Götzendiener einer absolutistischen Monarchie waren, heute glühende Verfechter demokratischer Ideen einer freien Volksrepublik sind? Diese Kreise werden vielmehr jeden günstigen Augenblick benützen, ihre Götzen wieder in den alten Tempel zu holen. Wir haben in Württemberg ein gut ausgebautes Soldatenratssystem und sind für die spartakistische Wahnsinnspolitik nicht zu haben, standen vielmehr treu zur Seite der württembergischen Regierung, um die Errungenschaften des 9. November nicht neuen Despoten auszuliefern. (...) Ich bitte Sie, Herr Reichswehrminister, werden sie hart, aber nicht konservativ. Verleugnen Sie nicht die Fahne (gemeint: SPD), die

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

Ihnen in Chemnitz so oft zum Sieg verholfen hat.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.218-222)

**M7** Über das zukünftige politische System spricht der Arbeiterrat Eggert auf der zweiten Landesversammlung der Arbeiterräte in Stuttgart am 3.3.1919:

„Warum dürfen wir nicht weitergehen und fordern, den Räten die ganze Macht zu übertragen (wie die Spartakisten es tun)? Weil diese Forderung einschließt die Diktatur einer gewissen Klasse über andere Klassen der Bevölkerung. Wir sind überzeugt, dass zum Aufbau unserer Volkswirtschaft alle lebendigen, schöpferischen Kräfte im Volke so notwendig gebraucht werden wie die Luft zum Atmen. Wenn wir gewisse Schichten der Bevölkerung aber ausschließen, dann kehrt der alte Zustand der Unterdrückung wieder, nur in umgekehrter Form. Die Folge wäre nicht eine demokratische, entwicklungsmäßige Neugestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens, sondern der Bürgerkrieg ...

Die Räte allein sind nicht befähigt, die Volkswirtschaft zu heben, unser Volk im internationalen Konzern an die Stelle zu bringen, wo es leben und sich weiterentwickeln kann. Andererseits sind die Parlamente allein nicht befähigt, die volksfeindlichen Widerstände zu brechen, die Bürokratie auszuschalten und in den Betrieben die Gesetze zur Geltung zu bringen. Daraus ergibt sich, dass das Räte-system in den Betrieben und Verwaltungen neben dem Parlament einen geschichtlichen Platz solange haben muss, bis wir durch die Entwicklung sehen werden, dass die Aufgaben von den Gemeinden gelöst werden können. Solange dies nicht der Fall ist, sollten die Räte ein Bestandteil der Staatsregierung bleiben.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.270-72)

Dieser Antrag wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.

## **VI. Suchbewegungen II: Mediale und methodische Zugriffe im Archiv oder mit archivalischen Quellen**

Im Archiv: Plakate, Photos, Protokolle

Für den Unterricht aufbereitet:

**a)**

### **Die Revolution im November 1918 in Württemberg - Interview mit der Geschichte**

Fiktive Interviews aus Zitatentexten von Wilhelm Blos, Wilhelm Keil, Fritz Rück und Paul Hahn (Zeitzeugen)

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich kritisch mit Zeitzeugenberichten und Bewertungen maßgeblicher Politiker aus der

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

Revolution 1918/19, die den Übergang von der Monarchie zu einem demokratischen Staatswesen bringen sollte.

Sie erfahren dabei, dass sich in den letzten Wochen des Jahres 1918 die grundsätzliche Frage stellte, ob die Revolution zu einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung oder zu einer Räteherrschaft sowjetischen Typs führen sollte, wie sie ein Jahr zuvor in Russland entstanden war.

Sie können am landesgeschichtlichen Beispiel der Vorgänge während der Revolution in Württemberg erklären, warum sich im Unterschied zu Russland die Anhänger eines Räteystems in Württemberg nicht durchsetzen konnten.

Die Unterrichtshinweise und Materialien differenzieren in Umfang, Anspruch und Arbeitsanregungen nach Niveaustufen und ziehen Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung in Sekundarstufe II mit ein.

Link: [http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp\\_2016/europa\\_in\\_der\\_zwischenkriegszeit/demokratischer-neuanfang-in-der-weimarer-republik/die-revolution-im-november-1918-in-wuerttemberg-interview-mit-der-geschichte/index.html](http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/europa_in_der_zwischenkriegszeit/demokratischer-neuanfang-in-der-weimarer-republik/die-revolution-im-november-1918-in-wuerttemberg-interview-mit-der-geschichte/index.html)

b)

#### **Methode: Konfliktanalyse:**

„Panzerwagen gegen Arbeiter“: Generalstreik in Stuttgart April 1919

Link: [http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/demokratie/suedstaaten-rebellen/\(AB\\_9\\_Soldatenraete\\_1\).pdf](http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/demokratie/suedstaaten-rebellen/(AB_9_Soldatenraete_1).pdf)

c)

#### **Gefallenengedenken und Erinnerungskultur nach dem Ersten Weltkrieg: Das Kriegerdenkmal in Stuttgart-Münster**

Das 1923 geweihte Kriegerdenkmal in Stuttgart-Münster ermöglicht in mehrererlei Hinsicht historisches Lernen am außerschulischen Lernort. Zunächst lassen sich an ihm Merkmale des Gefallenengedenkens nach dem Ersten Weltkrieg (Sinnggebung, Bedeutung der Heimatgemeinde) erschließen. Dabei hebt es sich durch seine pazifistische Gestaltung (Aufschrift: Nie Wieder Krieg) von den üblichen, eher patriotisch-sinnstiftenden Denkmaltypen ab und verweist auf eine durchaus heterogene Erinnerungskultur in der Weimarer Republik. Auch im nationalsozialistischen Stuttgart war das Denkmal nochmals heftig umstritten. Schülerinnen und Schüler erfahren

*Wie viel Aufbruch war möglich? Anregungen zur Arbeit mit archivalischen Quellen zu Kriegsende, Revolution und Kriegserinnerung im Geschichtsunterricht, StD Dr. Michael Hoffmann (Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde im Unterricht, KM)  
13.4.2018 19. Karlsruher Tagung für ARCHIVPÄDAGOGIK*

daher in der Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Denkmals den Konstruktcharakter der Geschichte an sich, da das Ereignis Erster Weltkrieg durchaus unterschiedlich gedeutet und erinnert worden ist.

Link: [http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp\\_2016/imperialismus\\_und\\_erster\\_weltkrieg/das-kriegerdenkmal-in-stuttgart-muenster](http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/imperialismus_und_erster_weltkrieg/das-kriegerdenkmal-in-stuttgart-muenster)

#### **d) Die Bedeutung von „fake news“ in der Geschichte: Kriegsende 1918 und Dolchstoßlegende in südwestdeutschen Quellen**

Was geschah in den letzten Wochen des Ersten Weltkriegs, und wie erklärte die deutsche Rechte die Niederlage des Reiches? Die erste Doppelstunde des Moduls thematisiert die deutsche Bitte um Waffenstillstand, die Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung und die Friedensvorstellungen von Präsident Wilson. Im Mittelpunkt der zweiten Doppelstunde stehen die Inhalte der von der deutschen Rechten vertretenen Dolchstoßlegende - was und wer wurde konkret für die Niederlage verantwortlich gemacht? Das Modul richtet sich an allgemeinbildende und berufliche Schulen (Klassen 7/8/9 der Sekundarstufe 1 bzw. Klassen 7/8 der Gymnasien; Jahrgangsstufe 1 der beruflichen Gymnasien; Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife) und ist nach Niveaustufen differenziert.

Link: [http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp\\_2016/imperialismus\\_und\\_erster\\_weltkrieg/kriegsende-1918-und-die-dolchstosslegende/index.html](http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/imperialismus_und_erster_weltkrieg/kriegsende-1918-und-die-dolchstosslegende/index.html)

## Fazit: Potenziale für den Unterricht



BILDUNGSLAND



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUR, JUGEND UND SPORT